

**Antrag**  
**der Fraktion DIE GRÜNEN**

**Schutz von Bundesbürgern/innen in El Salvador**

Am 22. August 1988 wurde der Schweizer Staatsbürger Jürg Weis zusammen mit den salvadorianischen Staatsbürgern Carlos Mendez und Carlos Linares von Einheiten der Nationalpolizei El Salvadors in Cerro Colorado, in der Nähe der Stadt Ilobasco im Departement Cabañas in El Salvador erschossen.

Die Streitkräfte El Salvadors haben ihre ursprüngliche Darstellung der Ereignisse, wonach es sich um ein Feuergefecht zwischen Soldaten und Guerilleros der „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí“ (FMLN) gehandelt haben soll, sehr schnell aufgegeben, ohne bis heute die tatsächlichen Umstände aufgedeckt zu haben. Informationen aus verschiedenen Quellen deuten jedoch darauf hin, daß Jürg Weis und seine zwei Begleiter mit aller Wahrscheinlichkeit am 22. August 1988 gegen 15.00 Uhr gefangengenommen, aber erst gegen 17.00 Uhr erschossen wurden. In der Zwischenzeit wurden sie offensichtlich mißhandelt und gefoltert (so weist die Leiche von Jürg Weis Spuren von Machetenhieben auf). Dies geschah offensichtlich mit Zustimmung bzw. auf Befehl der Obersten Armeeleitung, die in der Zeit zwischen 15.00 und 17.00 Uhr von den Nationalpolizisten kontaktiert wurde.

Da in letzter Zeit die Repressionsmaßnahmen gegen ausländische Besucher El Salvadors zugenommen haben, was sich bisher auf Gefangennahmen und Ausweisungen beschränkte, ist zu vermuten, daß der Mord an Jürg Weis, einem bekannten Mitarbeiter der europäischen Solidaritätsbewegung mit dem salvadorianischen Volk, geplant war und durchgeführt wurde, um die internationale Solidarität einzuschüchtern, von Besuchen in El Salvador abzuhalten, die ein wichtiges Instrument sind für die Herstellung einer internationalen Öffentlichkeit.

In dem Maße, in dem nach dem Wahlsieg der rechtsextremen ARENA-Partei und angesichts der wachsenden sozialen Unruhe, die eine Reaktion ist auf die katastrophale wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerungsmehrheit, die Repression zunimmt, ist die internationale Öffentlichkeit ein Hindernis für die verschärfte Kriegführung hinter einer immer brüchigeren Fassade einer Formaldemokratie und soll deshalb ausgeschaltet werden.

Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen und damit wächst auch die Gefahr, daß Ausländer/innen, die in El Salvador arbeiten oder das Land besuchen, belästigt, gefangengenommen, ausgewiesen, gar ermordet werden – solange die betreffenden Regierungen dies hinnehmen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gegenüber der Regierung El Salvadors wegen der brutalen Ermordung von Jürg Weis, Carlos Mendez und Carlos Linares aufs schärfste zu protestieren;
2. die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in El Salvador anzuweisen, dem Schutz von Bundesbürgern/innen, die El Salvador besuchen oder dort arbeiten, erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen;
3. die Regierung El Salvadors unmißverständlich vor die Alternative zu stellen, entsprechende Garantien für Bundesbürger/innen, die El Salvador besuchen oder dort arbeiten, abzugeben oder einen Abzug der diplomatischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland zu gewärtigen;
4. parallel zur Einstellung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit El Salvador jegliche Unterstützung für Streit- und Sicherheitskräfte El Salvadors, auch über die politischen Stiftungen, kategorisch auszuschließen;
5. im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit die Regierungen der europäischen Mitgliedstaaten sowie auch die anderen Regierungen des westlichen Bündnisses, insbesondere diejenige der Vereinigten Staaten, zu ähnlichen Schritten zu ermuntern.

Bonn, den 31. August 1988

**Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion**